



A 10940
POSTVERTRIEBSSTÜCK
ENTGELT BEZAHLT

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

LIGA LIBELL 153

30. MÄRZ 2015

GRÜNE LIGA BRANDENBURG

Massentierhaltung stoppen - Agrarwende jetzt!!!

Am 18. März hat der Landtag für die Ablehnung der Forderungen der Volksinitiative gegen Massentierhaltung gestimmt. Das Ergebnis hatte sich schon seit längerem abgezeichnet und auch die Vorentscheidung im zuständigen Agrar- und Umweltausschuss war eindeutig. Mit deutlicher Mehrheit haben die Abgeordneten von CDU, Linken und allen voran der SPD gegen die Annahme votiert. Während die SPD-Abgeordneten schon lange bekennende Lobbyisten der Großagrarier sind und ihr Abstimmungsverhalten daher nicht verwundert, tut es dies beim Koalitionspartner, der LINKEN, um so mehr. Seit Jahren kämpft diese Partei für eine sozial und ökologisch verträglichere Landwirtschaft, im Juni vergangenen Jahres wurde ein Aufruf des Landesvorstandes veröffentlicht, der die Mitglieder der Partei zur Unterstützung der Volksinitiative aufrief. Schnee von gestern.

Mehr als 34.000 Menschen hatten die Volksinitiative unterstützt und die Forderungen für mehr Tierwohl unterschrieben. Seit Jahren gehen im Januar 20-30.000 Menschen in Berlin unter dem Motto „Wir haben es satt“ auf die Straße. Volkes Meinung zählt nicht. Dabei sind die Forderungen des Bünd-



Massentierhaltung stoppen!

Foto: Norbert Wilke

nisses „Agrarwende jetzt“ gemessen an den Notwendigkeiten auch nur ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es geht schon nicht mehr nur darum, artgerechte Tierhaltung zu fördern, wir brauchen ein Tierschutzgesetz in welchem dies auch genau definiert ist. Der Zustrom neuer Großbetriebe zur Massentierhaltung, vornehmlich aus den Niederlanden mit ihrer schärferen Gesetzgebung, muss endlich gestoppt und nicht noch von den politisch Verantwortlichen als Segen für das Land

gefeiert werden. Die Folgekosten aus der mit Nährstoffen überlasteten Landschaft und ungenießbarem Trinkwasser zahlen letztendlich wir. Unabsehbar sind die Folgen des massiven Einsatzes von Antibiotika in der Massentierhaltung. Multiresistente Keime gibt es mittlerweile in allen Stallanlagen, die Entwicklung neuer Breitbandantibiotika wird nicht im notwendigem Maße vorangetrieben. Da wir über den Fleischkonsum selbst mit Antibiotika vollgepumpt sind, schlagen diese im Krankheitsfall nicht mehr an. Wir sterben wieder an Kinderkrankheiten, die längst überwunden schienen.

Wir brauchen dringend eine umfassende Agrarwende. Nach der Landtagsablehnung der Initiative verbleiben vier Wochen Zeit um zu entscheiden, ob ein Volksbegehren durchgeführt werden soll. Die Chancen stehen nicht einmal so schlecht, da es damit neben der ebenfalls abgelehnten Volksinitiative „Keine dritte Start- und Landebahn am BER“ ein zweites Volksbegehren geben könnte. Synergieeffekte sind durchaus denkbar. Egal welche Entscheidung fallen wird: Der Kampf für eine bessere, tiergerechtere und sozioökologisch bessere Landwirtschaft wird weitergehen.

■ Norbert Wilke

« AKTUELLES < AKTUELLES > AKTUELLES »

DEMNÄCHST NEUES VOLKSBEGEHREN GEGEN MASSENTIERHALTUNG?
NÄHERE INFOS BALD UNTER WWW.AGRARWEN.DE

25 Jahre GRÜNE LIGA



Der Bundesvorsitzende Dr. Torsten Ehrke während der Festansprache

Foto: Norbert Wilke

Man mag es kaum glauben, und denen die damals schon dabei waren, ist die Zeit wie im Flug vergangen: Vor 25 Jahren, am 3. Februar 1990, wurde die GRÜNE LIGA in Buna bei Halle

gegründet. Der Ort, ein ökologischer Krisenherd in der DDR, wurde mit Bedacht ausgewählt. Hier sollte sich eine ökologische Bewegung formieren, die eine Wende auch im Umweltbereich bringen sollte. Nach einem Vierteljahrhundert aufreibender Arbeit für den Umweltschutz mag jeder selbst einschätzen, ob und wie dies gelungen ist. Die ökologischen Problemfelder wurden nicht geringer, im Gegenteil. Der größte Erfolg des Vereins ist zweifelslos sein Überleben, dies gelang den wenigsten Organisationen, die aus der Wendezeit hervorgegangen waren. Grund genug also am Vorabend der alljährlichen Bundesmitgliederversammlung zu einem Empfang einzuladen. Viele waren gekommen: ehemalige Aktive und Kollegen, Mitbegründer und bis heute engagierte Grünligisten und natürlich Gäste und Freunde aus anderen Vereinen. Das Grußwort hielt Prof. Klaus Töpfer, ehemaliger Umweltminister und langjähriger Exekutivdirektor des Umweltprogramms der UNO in Nairobi (Kenia). In seiner Rede betonte er die Wichtigkeit der Arbeit der Umweltorganisationen und ging auf die Dringlichkeit einer raschen Energiewende ein. Klaus Schlüter, langjähriger Vorsitzender und Ehrenvorsitzender des Vereins, ließ noch einmal die letzten Jahre der Vereinsarbeit Revue passieren. René Schuster vom Facharbeitskreis

Braunkohle berichtete über die aktuelle Arbeit gegen neue Braunkohlentagebaue. Der Rest des Abends verging mit persönlichen Gesprächen, einer Tombola Verlosung bei der es nur Gewinner gab und einer Umtauschmöglichkeit von Euro in DDR-Mark, 1:1 - versteht sich. Das Geld wurde 1990 für den Verein gesammelt und man schaffte es dann nicht mehr rechtzeitig zum Umtausch. Nun kam es doch noch dem Verein zu Gute, manch ein Gast entpuppte sich als Sammler und freute sich über die Vervollständigung seiner Kollektion.

Die Bundesmitgliederversammlung am nächsten Tag folgte dann den notwendigen Regularien. Sie war die erste Versammlung bei der die neue Stimmenregelung angewandt wurde. Brandenburg bekam, nach Abzug der durch Nichtzahlung des vollen Mitgliedsbeitrages, der reduzierten Stimmenanteile 16 Stimmen, welche auf die Delegierten aufgeteilt wurden. Da es keine wichtigen Entscheidungen zu treffen galt, konnte der Umgang mit den Stimmkarten relativ lax gehandhabt werden. Künftig muss hier aber im Vorfeld eine Aufschlüsselung und Verteilung der Stimmkarten erfolgen, da ja nicht alle Mitglieder des Landesverbandes die gleiche Meinung bei Abstimmungen haben müssen.

Der Landesverband wird Delegierte und Ersatzdelegierte bestimmen oder wählen lassen müssen. Ein Höhepunkt der Mitgliederversammlung war die mehrstündige Diskussion zum Energiepapier. Den Einen (mehrheitlich aus Sachsen) ging das Papier zu weit und enthielt falsche Forderungen, den Anderen ging es nicht weit genug und war zu wenig detailliert um damit als Positionspapier arbeiten zu können. Da keine Einigung in Sicht war, wurde nicht über das Energiepapier abgestimmt. Hier wird im Bundessprecherrat noch Arbeit geleistet werden müssen, um es beim nächsten Mal zur Abstimmung stellen zu können.

■ Norbert Wilke

INHALT	
SEITE 4	Das Jahr 2014 so warm wie noch nie!
SEITE 5	Fragen an Prof. Dr. Manfred Stock
SEITE 7	Kai Heinemann im Rückblick auf sechs Jahre Vorstandsarbeit
SEITE 8	Umwelt auf Sendung? Interview mit Regine Auster
SEITE 10	Umweltbegegnungsstätte Zippelsförde vor dem Aus?
SEITE 11	Zustände wie in einer Bananenrepublik?
SEITE 12	Ziel nicht erreicht! WRRL im Zeitverzug

Achter Sternmarsch fordert Stopp aller Vorbereitungen für neue Braunkohletagebaue

Die Bewohner der vom Braunkohletagebau Jänschwalde-Nord bedrohten Dörfer protestierten am 4. Januar bereits das achte Jahr in Folge mit einem Sternmarsch gegen die geplante Abbaggerung ihrer Heimat. Unterstützt werden sie von zahlreichen Lausitzer Bürgern und Gästen aus Berlin.

„Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie Deutschlands Glaubwürdigkeit beim Klimaschutz rettet und die angekündigte Senkung der Kohleverstromung konsequent umsetzt. Vattenfall muss seine Verkaufspläne dem unterordnen und die Vorbereitung der Tagebaue Nochten 2, Welzow-Süd II und Jänschwalde-Nord stoppen,“ fasste

Taschner, der den Teilnehmern herzliche Grüße von der Initiative „Berliner Energetisch“ überbrachte.

„Unsere Dörfer haben sich trotz der Bedrohung in den vergangenen Jahren weiterentwickelt und gezeigt, wie lebenswert sie sind. So hat Kerkwitz im vergangenen Jahr einen Dorfladen eröffnet und das Vereinshaus saniert. Deshalb kämpfen wir weiter für den Erhalt unserer Heimat,“ sagte Pfarrer Mathias Berndt aus Atterwasch.

Die sorbische Pfarrerin des Kirchspiels Schleife, Jadwiga Mahling, überbrachte herzliche Grüße aus der vom Tagebau Nochten betroffenen Region. Wie bereits im Vorjahr nahmen insgesamt mehr als



Ein Redner auf der improvisierten Bühne des Sternmarsches

Foto: Umweltgruppe Cottbus

Kerstin Nedoma, Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung der benachbarten Stadt Guben, die Forderungen der Teilnehmer zusammen.

„Auch Berlin wird sich zunehmend seiner Mitverantwortung für das Geschehen in der Lausitz bewusst. Wir erwarten, dass der Senat über die gemeinsame Landesplanung seinen Einfluss gegen weitere Tagebaue geltend macht. Das muss er schon deshalb tun, weil Berlin zu den direkt Betroffenen gehört, wenn der Lausitzer Bergbau seine sulfathaltigen Grubenwässer in die Spree entsorgt,“ betonte Stefan

800 Menschen am Sternmarsch teil, die das Wiedersehen nach dem Jahreswechsel sichtlich genossen.

■ Umweltgruppe Cottbus

Eine Bildergalerie vom Sternmarsch befindet sich unter:

www.kein-weiteres-dorf.de/bilder/8-sternmarsch-in-der-lausitz

Wo steht die Spreewaldfarm?

Umweltgruppe fordert Transparenz von Vetschauer Wurst- waren GmbH

Cottbus/Vetschau, 23.01.2015.

Die GRÜNE LIGA Umweltgruppe Cottbus zeigt sich verwundert darüber, dass die Vetschauer Wurstwaren GmbH auf Anfragen zu Herkunft und Haltungsbedingungen der verarbeiteten Tiere nicht reagiert. Ein entsprechender Brief der Umweltgruppe vom 1. Dezember 2014 ist bis heute nicht beantwortet worden.

„Das Vetschauer Unternehmen benennt als Bezugsquelle der Tiere die „Spreewaldfarm“.

Da uns der Standort dieser „Farm“ nicht bekannt ist, baten wir um Benennung der Betriebsstandorte und um Auskunft zu Haltung und Schlachtung der Tiere. Wir denken, dass die Verbraucher ein Recht auf diese Informationen haben.“ sagt Dr. Martin Kühne, erster Sprecher der Umweltgruppe.

Kühne weiter: „Da wir einen Dialog zwischen regionalen Fleischereien, Fleischerinnung, Großmärkten und bewussten Verbrauchern anregen wollen, wäre es ein guter Schritt, wenn Betriebe freiwillig die Herkunft und Haltungsform der Tiere benennen würden. Initiativen einiger Discounterketten in dieser Richtung gibt es schon. Es wäre schade, wenn der Vorteil und die Kundennähe der regionalen Betriebe nicht mit einer offenen Informationspolitik verbunden würden.“

Die Umweltgruppe Cottbus e.V., Mitglied der GRÜNEN LIGA, engagiert sich bereits seit Jahren unabhängig von politischen Parteien für regionale Themen in der Lausitz und erwartet eine sachliche und transparente Diskussion zu aktuellen Fragen der Landwirtschaft und eines nachhaltigen Lebensstils – auch von der Vetschauer Wurstwaren GmbH.

■ Dr. Martin Kühne

Das Jahr 2014 – so warm wie noch nie!

Das Jahr 2014 geht in die Geschichte der Wetteraufzeichnung als das wärmste Jahr in Deutschland und weltweit ein. Erstmals seit Beginn der regelmäßigen Messungen im Jahr 1881 hat die Jahresdurchschnittstemperatur über 10 Grad plus gelegen. Mit 10,3 Grad wurden die Durchschnittswerte der bisherigen Rekordjahre 2000 und 2007 (9,9 Grad) deutlich übertroffen. Ebenso trat eine Häufung extremer Wetterereignisse, insbesondere in Süd- und Westdeutschland ein. Der Regen lag mit 729 Litern etwas unter dem langjährigen Mittel. Damit setzt sich der Trend der vergangenen Jahre fort. Seit dem Jahr 2000 waren nach Aufzeichnungen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) sechs Jahre in Deutschland zu warm. Ein Ende dieses Trends ist nicht absehbar. Ein Blick auf

das Rekordjahr genügt um abzusehen, dass da noch viel Luft nach oben ist. Der Winter 2013/14 war extrem mild und eigentlich ein Totalausfall. Eine Woche Wintereinbruch Ende Januar und das war's. Es folgte ein milder Februar, ein extrem schöner Frühling im März und im April. Dann kippte die Großwetterlage und eine anhaltende Nordwestströmung versorgte uns mit nasskalter Atlantikluft im Mai und im Juni. Die Eisheiligen wurden direkt durch die Schafskälte abgelöst. Lediglich das Pfingstwochenende war warm. Der Juli glich drei Wochen lang eher einer Waschküche als einem Sommermonat. Im August war der Sommer dann vorbei und die Tageshöchsttemperaturen lagen um 14°/15° Grad. Der August war der einzige Monat des Jahres 2014 der deutlich unter dem langjährigen Mittel

der Wetteraufzeichnungen lag. Der Rest des Jahres war dann wieder sehr mild, so konnte der Rekord am Ende „eingefahren“ werden. Das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung warnt bereits seit langem vor extremen, trockenen und heißen Sommern. Zwar hat es seit 2003 einen solchen Sommer nicht mehr gegeben, seit 2009 gehen die durchschnittlichen Temperaturen in den „Kernsommermonaten“ eher zurück, doch das wird bestimmt nicht auf Dauer so bleiben. Irgendwann wird sich auch in den Sommermonaten der Klimawandel mit höheren Temperaturen und weniger Niederschlägen einstellen. Dann wären sicherlich auch 11° bis 12° im Jahresdurchschnitt möglich. Das Rekordjahr 2014 wird wahrscheinlich bald übertroffen werden.

■ Norbert Wilke

Fragen an Prof. Dr. Manfred Stock

Anfang März hatte Norbert Wilke Gelegenheit zu einem Gespräch mit Prof. Dr. Manfred Stock, Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit am Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK).

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Stock, das Jahr 2014 ist als weltweit wärmstes Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnung in die Geschichtsbücher eingegangen. In Deutschland war es ebenfalls das wärmste Jahr seit 130 Jahren. Die zweit- und drittwärmsten Jahre lagen ebenfalls in der letzten Dekade. Ein klarer Hinweis auf die voranschreitende Klimaerwärmung?

M.S.: Dieser nachgewiesene Anstieg der Temperaturen in der Atmosphäre ist, neben anderen Indikatoren, ein deutlicher Hinweis auf die derzeit stattfindende globale Erwärmung. Der verhältnismäßig geringere Anstieg in den letzten 15 Jahren im Vergleich zur entsprechenden Periode davor, hat einige Zweifler am Klimawandel veranlasst, von einer Pause der globalen

Erwärmung zu sprechen. Dem stehen aber Beobachtungen entgegen, dass der größte Teil der Wärme in die Ozeane gelangte, die sich in dieser Periode entsprechend stärker erwärmt haben.

N.W.: Der UN-Klimagipfel in Peru im vergangenen Jahr gilt für viele Umweltaktivisten als enttäuschende Veranstaltung. Die Konferenz von Rio vor 23 Jahren wurde als Aufbruch in eine neue Zeit bewertet. Davon ist nun, da die Probleme anwachsen, nichts mehr übrig. Kann man noch Hoffnung in die Vernunft politischer Entscheidungsträger setzen?

M.S.: Die Enttäuschung über die ungenügende Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse in politischen Entscheidungsprozessen ist für mich vielmehr Anlass noch stärker auf die Vernunft von Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik zu setzen. Meine Hoffnung beruht dabei auch auf der wachsenden Unterstützung von Menschen und Verbänden, die un-



Prof. Dr. Manfred Stock

Foto: Manfred Stock

sere zukünftigen Lebensbedingungen nicht heutigen kurzfristigen Vorteilen opfern wollen.

N.W.: Sie haben im Jahr 2003 einen sehr interessanten Vortrag zum Klimawandel im Haus der Natur gehalten, an den ich mich noch gern erinnere.

Was hat sich in der Klimaforschung in den letzten zehn Jahren getan? Welche neuen Erkenntnisse konnten gewonnen werden?

M.S.: Dank des in den letzten Jahren stark zunehmenden Interesses an der Erforschung von Klimaveränderungen sowie an deren Ursachen und Folgen haben sich auch die Methoden und damit Umfang und Qualität wissenschaftlicher Erkenntnisse wesentlich weiterentwickelt. Die Kombination von verschiedensten Messdaten mit zugehörigen Modellen hat zu neuen Einsichten geführt, z.B. beim Verständnis der Klimaveränderungen während der letzten Eiszeiten, der Reaktion des Klimasystems gegenüber Störungen verschiedener Art oder dem Einfluss großräumiger atmosphärischer Wellen auf Wetterereignisse in unserer Region.

N.W.: Damals ging das PIK noch davon aus, dass wir mehr heißere und trockene Sommer haben werden. Seit 2006 hatten wir nach meinen Aufzeichnungen keinen solchen Sommer mehr. Meist kommt nach zwei heißen Tagen eine Kaltfront und bringt für eine längere Zeit wechselhaftes Wetter. Müssen wir uns von den langen, heißen Sommern im Juli und August verabschieden?

M.S.: Diese Wahrnehmung erscheint mir zu sehr lokal fixiert. Den außergewöhnlichen Sommer 2006 haben wir bei uns stark wahrgenommen, auch wegen der Fußballweltmeisterschaft. Der europäische Jahrtausendsommer 2003 und der noch prägnantere von 2010 lagen mit ihren Zentren nicht über Frankreich und über Russland. Grund sind Veränderungen der atmosphärischen Zirkulation, die uns entweder ein stabiles Hoch oder daneben eine Abfolge von Tiefausläufern mit Starkregen im Sommer bringen können.

N.W.: Obwohl die Sommertage relativ warm sind, kühlt es sich nachts empfindlich ab. Temperaturen, selbst im Hochsommer unter 10°C sind keine Seltenheit. Besitzt unsere Landschaft nicht mehr die Möglichkeit die extremen Temperaturschwankungen auszugleichen, fehlen uns die nötigen Strukturen (Moore, Kleingewässer, Hecken und

Baumreihen)?

M.S.: Landschaftsstrukturen mit abwechslungsreicher Vegetation, Gewässern und Feuchtgebieten haben tatsächlich eine wichtige Regulationsfunktion im lokalen und regionalen Klima. Nachhaltige Landnutzungsformen können Biodiversität, Landschaftswasserhaushalt und uns vor den Folgen des Klimawandels schützen.

N.W.: Die atmosphärische Zirkulation hat sich nachhaltig verändert. Die Arktis ist die sich am stärksten erwärmende Region. Die für uns typischen West- oder Ostwetterlagen haben ihre Dominanz verloren. Heißt das für uns warme Arktis und kaltes Europa?

M.S.: Die Veränderung der atmosphärischen Zirkulation lässt sich zurückführen auf den Rückgang des arktischen Meereises und damit die globale Erwärmung. Für unsere Region in Europa kann dies, wie oben erwähnt, entweder stabile heiße und trockene Sommer mit sich bringen oder eine Abfolge von Tiefausläufern mit Starkregen und Hochwasser, wie 1997 an der Oder, 2002 an der Elbe und 2013 deutschlandweit.

N.W.: Die Zunahme der „stehenden Wetterlagen“ die uns auch im Sommer Tiefdruckgebiete bescheren, von Osten nach Deutschland eindrehen und Unmengen an Regen in der warmen Luft mit sich führen, der dann in bisher ungekannten Mengen an unseren Gebirgen abregnete und in kürzester Zeit zu immer dramatischeren Hochwassersituationen führt, ist ein neues Wetterphänomen. Kann der Ausbau der Deiche mit dieser Entwicklung überhaupt Schritt halten oder sind wir den Wetterextremen demnächst hilflos ausgeliefert? Müssen besonders gefährdete Gebiete, wie das Oderbruch, entsiedelt werden, um die Menschen nicht zu gefährden und wäre so eine Maßnahme überhaupt politisch durchsetzbar?

M.S.: Wo man gelernt hat mit Fluten und Hochwasser umzugehen, wie z.B. in Holland, reift die Einsicht, dass neben Deichen noch viele andere Maßnahmen der Anpassung an die Folgen des Klimawandels nötig sind. Dazu gehört

unter Umständen auch ein Bauverbot in gefährdeten Gebieten bzw. Auflagen für hochwasserangepasstes Bauen. Die Diskussion darüber steht in der Politik erst am Anfang.

N.W.: Die Politik scheint die aktuelle Entwicklung völlig zu ignorieren, wie die Neufassung des Erneuerbaren Energiengesetzes (EEG) oder der Beschluss unserer Landesregierung für den neuen Tagebau Welzow-Süd beweisen. Der Nachhaltigkeitsrat des Landes, in dem Sie ja mitgearbeitet haben, hat vor den Folgen des neuen Tagebaus gewarnt. Ist die Politik unfähig zum Handeln und sind die Klimaschutzziele des Landes überhaupt noch annähernd einzuhalten?

M.S.: Die Zurückhaltung unserer maßgebenden Politiker beim Umgang mit dem Klimawandel macht mir in der Tat Sorge. Der bisherige Wissenschaftliche Beirat für Nachhaltige Entwicklung hat sich in Brandenburg unter anderem gegen den neuen Tagebau Welzow-Süd II und die Ausweitung der Braunkohleverstromung ausgesprochen. Wenn Minister Vogelsänger nun auf die Berufung eines Nachhaltigkeitsbeirat verzichtet, verstärkt dies meine Sorge in Bezug auf eine gedeihliche Zukunft unseres Landes.

N.W.: Sie haben in Ihrem Vortrag davon gesprochen, dass es demnächst in Brandenburg aufgrund der Erwärmung möglich sein wird, ein neues Weinanbaugebiet zu entwickeln. Mein Riesling konnte sich nicht entwickeln. Bleibt es in den nächsten Jahren bei Müller-Thurgau oder gibt es noch die Chance auf ein entsprechendes mediterranes Klima bei uns?

M.S.: Gut dass Sie auch Chancen ansprechen, die uns der Klimawandel bietet. Beim Weinbau bietet die Erwärmung in unserer Region tatsächlich gute Möglichkeiten nicht nur für Müller-Thurgau. Neben dem regionalen Klima spielen aber lokale Parameter wie Boden, Mikroklima, Schutz vor Spätfrösten oder Extremwetter und vieles mehr eine Rolle. Gut Ding will Weile haben und braucht neben Erfahrung auch Ausdauer.

Kein Landschaftsschutzgebiet mehr dem Braunkohletagebau opfern

Geplanter Eingriff in die Neißeau wäre Vorgriff auf Tagebau Jänschwalde-Nord

Die GRÜNE LIGA fordert vom Land Brandenburg keine Landschaftsschutzgebiete mehr dem Braunkohletagebau zu opfern. Durch den Tagebau Jänschwalde drohen in den nächsten Jahren die Zerstörung der unter Landschaftsschutz stehenden Hangkanten des Neißeals sowie die Umverlegung von Abschnitten der Bundesstraße 112. Das brandenburgische Umweltministerium hat dazu in den vergangenen Wochen einen Entwurf zur Verkleinerung des Landschaftsschutzgebietes „Neißeau bei Grieben“ öffentlich ausgelegt. Es handelt sich um einen schmalen Streifen am nordwestlichen Rand des Abbaufeldes, so dass Hangkante wie Straße durch eine geringfügige Verkleinerung des Tagebaus erhalten werden könnten.

Die angekündigten Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung können

die Kohleverstromung besonders im Kraftwerk Jänschwalde verringern. In welchem Maße, weiß bisher noch niemand. Jetzt Tatsachen zu schaffen, indem weitere geschützte Landschaft dem Tagebau geopfert wird, wäre völlig verantwortungslos. Minister Vogelsänger sollte das Verfahren deshalb stoppen.

Angesichts der trüben wirtschaftlichen Aussichten macht es auch für Vattenfall keinen Sinn mehr, noch Geld für die Umverlegung der Bundesstraße 112 in die Hand zu nehmen. Das würde nur einen schmalen Streifen Kohleabbau ermöglichen, aber massiv in die touristisch bedeutsame Neißeau und in die Lebensqualität des Ortes Taubendorf eingreifen. Die geplante Grenzziehung des Schutzgebietes würde zudem einen Vorgriff auf den Tagebau Jänschwalde-Nord darstellen, weil sie bereits den Platz für weitere Straßenverlegungen freihalten würde. Zur Umverlegung der B112 läuft ein Planfeststellungsver-

fahren, dass noch nicht entschieden ist. Statt die Straße in bisheriger und völlig ausreichender Breite zu ersetzen, wollen Land und Vattenfall einen überdimensionierten 2+1-spurigen Streckenausbau, der auch die Verlegung der B 97 durch den neuen Tagebau Jänschwalde-Nord noch aufnehmen könnte. Das untergräbt die Ergebnisoffenheit der Entscheidung über den Tagebau Jänschwalde-Nord und trifft auf entschiedenen Widerstand der Anwohner und der zuständigen Gemeinde Schenkendöbern. Die überdimensionierte Straßenplanung bedingt auch eine Trassenführung, die weiter in die Neißeau und das Landschaftsschutzgebiet eingreift, als es für den Tagebau Jänschwalde notwendig wäre.

Der vollständige Text der Stellungnahme ist verfügbar unter:

www.lausitzer-braunkohle.de/Texte/150107_stellungnahme_lsg-ausgliederung_griessen.pdf

■ Umweltgruppe Cottbus

Beirat für Nachhaltigkeit wird nicht neu berufen

Offener Brief

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde und Unterstützer der Nachhaltigen Entwicklung in Brandenburg.

Wie Sie möglicherweise bereits den Medienberichten entnommen haben, hält der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft, Jörg Vogelsänger, einen Beirat für Nachhaltige Entwicklung bei der jetzt anstehenden Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg für nicht erforderlich. Seit 2007 habe ich als Vorsitzender zusammen mit den anderen Mitgliedern des Beirats die zuständigen Minister Dietmar Woidke und Anita Tack beraten und die Nachhaltigkeitsstrategie gemeinsam, einvernehmlich und erfolgreich entwickelt. Viele von Ihnen waren an dem Prozess auf verschiedene Weise beteiligt und dafür möchte ich Ihnen nochmals

danken. Ich bedaure die Entscheidung von Minister Vogelsänger sehr, den Beirat für Nachhaltige Entwicklung nicht wieder einzurichten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass meiner Ansicht nach die Umsetzung und Fortschreibung der Strategie – ebenso wie deren Erstellung – durchaus wissenschaftlicher Expertise bedarf. Dies habe ich Minister Vogelsänger auch in beigefügtem Brief mitgeteilt. Zwar kann Expertise auch per Auftrag eingebracht werden, die Berufung eines wissenschaftlichen Beirats hat demgegenüber aber eine Reihe von Vorteilen. Die Beiratsmitglieder bringen ihren Rat und ihre Arbeit unentgeltlich und vor allem uneigennützig ein. Die Berufung und Zusammenarbeit von Personen mit fachübergreifender Kompetenz hat eine besondere Qualität gegenüber der punktuellen Abfrage von Expertenwissen. Der Beirat hat eine besondere Rolle als

Vermittler im Prozess der Landesnachhaltigkeitsstrategie eingenommen, die in dieser Form nun verloren geht. Der Beirat war ein wichtiges Element bei der Sicherung der Kontinuität im Nachhaltigkeitsprozess für Brandenburg. Der gedeihlichen Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie zum Wohle des Landes Brandenburg fühle ich mich weiter verbunden, werde diese wohlwollend kritisch begleiten und hoffe sehr, dass Sie, die vielen Akteure aus Verbänden und der Zivilgesellschaft mit denen wir im Dialog sind, dies ebenso halten werden.

■ Manfred Stock

Vorsitzender des bisherigen Beirats für Nachhaltige Entwicklung Brandenburgs

Interview mit dem langjährigen stellvertretenden Vorsitzenden Kai Heinemann

Das Gespräch führte Norbert Wilke.

N.W.: Hallo Kai, wir möchten uns erst einmal bei Dir entschuldigen. Du warst sechs Jahre stellvertretender Vorsitzender der GRÜNEN LIGA Brandenburg und nicht, wie im letzten Libell stand, nur drei. Auf der Mitgliederversammlung im November hast Du nicht mehr für den Vorstand kandidiert. Warum?

K.H.: In letzter Zeit war es für mich immer schwerer, mein berufliches und privates Leben mit dem ehrenamtlichen Engagement zu vereinbaren. Bei Aktionen und Stellungnahmen war die GRÜNE LIGA außerdem kaum noch vertreten bzw. in der Außenwirkung kaum noch wahrnehmbar. Darum musste ich mir schon seit längerer Zeit die Frage stellen, wen und was ich eigentlich noch als Stellvertretender Landesvorsitzender verrete und ob sich das ganze persönliche Engagement noch lohnt.

N.W.: Du hast die Grüne Liga auf vielen Veranstaltungen und in Gremien vertreten. Wie waren Deine Erfahrungen dort?

K.H.: Natürlich sind die Einflussmöglichkeiten im Vergleich zur Wende weitaus geringer. Doch wir leben im Jetzt und Hier. Das heißt im Klartext, dass wir als Umweltverbände vermehrt gemeinsam und stark bei Aktionen auftreten und unser hohes fachliches Wissen bündeln müssen. Da fachliche Sachverhalte auch immer komplizierter und komplexer werden, bedarf es der ständigen Weiterbildung der Mitarbeiter und Ehrenamtler.

N.W.: Der Förderverein Schwielowsee, in dem Du ebenfalls viele Jahre im Vorstand aktiv warst, hat sich im letzten Jahr aufgelöst. Damit steht der Verein, in einer Reihe mit vielen anderen Organisationen in der GRÜNEN LIGA. Die BI FREIE HEIDE und die Umweltgruppe Neustadt haben sich ebenfalls aufgelöst, der Regional e.V. und die Friedensinitiative Berlin haben diesen Schritt für 2015 bereits angekündigt. Hat sich der klassische Vereinsnaturschutz aus demografischen Gründen erledigt und hat

die GRÜNE LIGA noch eine Zukunft und wenn ja, wo liegt diese?

K.H.: Alle Verbände, Parteien und Institutionen bekommen den demografischen Wandel mit aller Wucht zu spüren. Die klassische Bindung an sie über viele Jahre oder sogar Jahrzehnte hinweg, existiert so nicht mehr. Aufgrund von Ausbildung und Beruf bedarf es hoher Flexibilität hinsichtlich eines möglichen Wechsels des Wohnortes und des zeitlichen Managements. Daraus ergeben sich



Kai Heinemann im Rapsfeld

Foto: Kai Heinemann

neue Herausforderungen auch für den ehrenamtlichen Bereich, denen wir uns stellen müssen. Die GRÜNE LIGA ist der einzige Umweltverband (stimmt so glaube nicht – die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald hat auch keinen) der keinen eigenen Nachwuchsverband hat. Hier besteht möglicher Nachholbedarf. Die GRÜNE LIGA besteht aus eigenständigen Gruppen und Einzelpersonen. Dies hat hinsichtlich der Organisation und Planung sowohl Vor- als auch Nachteile. Die GRÜNE LIGA hat nur eine Zukunft wenn sie es schafft, sich wieder vermehrt in die fachlichen Belange einzumischen, bestimmte bzw. wichtige Themenfelder (wie Energiewende, Klimawandel, Nachhaltigkeit, Landwirtschaft) abdeckt und die Zusammenarbeit mit den anderen

Umweltverbänden verbessert.

N.W.: Welches Fazit hast Du aus Deiner Vorstandsarbeit in der Grünen Liga Brandenburg gezogen?

K.H.: Die Vorstandsarbeit war von Kollegialität und herzlicher Atmosphäre geprägt. Aufgrund der vielfältigen Aufgabenstellungen war es mir jedoch oftmals nicht möglich, alle Unterlagen mit der notwendigen Akribie und Zeitintensität zu bearbeiten. Eine bessere Abstimmung der Geschäftsführung mit dem Landesvorstand wäre wünschenswert.

N.W.: Wo wirst Du Dich künftig im Naturschutzbereich engagieren?

K.H.: Ich bleibe der GRÜNEN LIGA vorerst erhalten. Ich hatte ja auch innerhalb des Hauses der Natur klar gesagt, dass ich ein Jahr lang alle meine Vorstandsposten sowohl bei der GL als auch bei anderen Vereinen ruhen lasse. Naturwissenschaftliche Forschungsthemen die seit Jahren auf Eis liegen, möchte ich endgültig zum Abschluss bringen. Außerdem nutze ich die Zeit mich wieder vermehrt der Naturfotografie und dem Reisen zu widmen. Diese Auszeit soll auch zur „Wiederaufladung meiner Akkus“ dienen. Außerdem hat der, der sich für unersetzlich hält schon verloren.

N.W.: Wir möchten uns bei Dir für Deine geleistete Arbeit bedanken und wünschen Dir für die Zukunft alles Gute.

IDUR 

Informationsdienst Umweltrecht e.V.

IDUR INFORMATIONSDIENST
UMWELTRECHT E.V.
NIDDASTRASSE 74
60329 FRANKFURT/MAIN
TEL.: 069-252477
FAX.: 069-252748
E-MAIL: INFO@IDUR.DE
WWW.IDUR.DE

Umwelt auf Sendung?

Regine Auster, Geschäftsführerin des Fördervereins Haus der Natur und Mitglied der NaturFreunde Brandenburg vertritt seit Februar 2011 die Brandenburger und Berliner Umweltverbände im Rundfunkrat des rbb und wurde im Dezember 2014 erneut für dieses Gremium gewählt. Über ihre Erfahrungen im Rundfunkrat sprach mit ihr Rüdiger Herzog.

R.H.: Spielen Umweltthemen heute in den Medien eigentlich noch eine Rolle? Nach meinem Eindruck kommen sie immer seltener vor.

R.A.: Das würde ich nicht so sehen. Sicher, die Zeiten, wo es in der Presse Umweltseiten und im öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine ganze Reihe von speziellen Umweltsendungen gab, sind vorbei. Es gibt aber immer noch das rbb-Umwelt- und Wissenschaftsmagazin „Ozon unterwegs“, dessen Anfänge auf den bewegten Herbst 1989 zurückgehen. Umweltthemen werden auch in Nachrichtensendungen, Wirtschafts- und politischen Magazinen, in Dokumentationen oder den publikumswirksamen „Montag-Checks“, die die ARD gerade ausstrahlt, aufgegriffen. Sehr gelungen finde ich den „Lebensmittel-Check“ mit Tim Mälzer, wo es beim Thema Ernährung immer auch um ökologische Fragen geht. Im ZDF lief gerade zur besten Sendezeit das „Projekt Hühnerhof“, in dem die industrielle Turbomast mit der artgerechten Aufzucht bei Bio-Bauern verglichen wurde. Die „Story im Ersten“ berichtete kürzlich über Probleme des weltweiten Maisanbaus. Auch bei Arte, 3Sat und anderen öffentlich-rechtlichen Kanälen laufen interessante Beiträge. Das Angebot ist viel breiter und vielfältiger, als es auf den ersten Blick erscheint. Ich schaffe es nicht, alle Umweltbeiträge, die mich interessieren würden, zu sehen oder zu hören.

R.H.: Viele Zuschauer haben aber den Eindruck, dass das Programm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks immer seichter und flacher wird.

R.A.: Das ist ein Problem, betrifft aber meines Erachtens vor allem die Sendezeiten am Abend. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen schiebt bei der Jagd nach Quoten seit Jahren auf die privaten Programme, die hohe Einschaltquoten bei den 14- bis 49-Jährigen erreichen. Das hat sich in den Abendprogrammen niedergeschlagen. Nach der Tagesschau



Regine Auster

Foto: Naturfreunde Brandenburg

gibt es oft Unterhaltung; politische Sendungen und Dokumentationen werden häufig erst nach 22.00 Uhr gesendet. Es soll nun in der ARD ein Jugendkanal eingerichtet werden, um ein jüngeres Publikum zu gewinnen, nach dem Beschluss der Ministerpräsidenten aber nur im Internet. Die technische Entwicklung bietet heute völlig neue Möglichkeiten. Viele Fernsehsendungen und Radiobeiträge sind inzwischen in den gut gefüllten Mediatheken der Sender zu finden. Die ersten internetfähigen Fernseher sind am Markt. Man ist immer weniger an Sendezeiten gebunden, sondern kann zu einer beliebigen Zeit auswählen, was einen interessiert. Trotz aller berechtigten Kritik am Programm – es gibt immer noch sehr viele gute Sendungen, die

bilden, informieren und aufklären. Und öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist nicht nur Fernsehen. In unserer Region sind das auch die Radiosender Antenne Brandenburg, Berlin 88,8, Inforadio, Radio Eins, Fritz und Kulturradio. Sie bringen ein breites Angebot, vor allem auch an regionalen Informationen, Magazinbeiträgen und Dokumentationen, was private Sender so nicht leisten.

R.H.: Dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland durch Rundfunkräte kontrolliert wird, ist vielen Zuschauern und Zuhörern nicht bekannt. Welche Aufgaben hat ein Rundfunkrat?

R.A.: Zunächst muss angemerkt werden, dass ich zwar von den Umweltverbänden in den Rundfunkrat entsandt wurde, dort aber die Aufgabe habe, die Allgemeinheit zu vertreten, nicht Lobbyarbeit für die entsendenden Organisationen zu treiben. Das gilt für alle Rundfunkratsmitglieder. Natürlich hat man auf dem Gebiet, auf dem man tätig ist, die meisten Fachkenntnisse. Diese unterschiedlichen Erfahrungen sind auch wichtig für die Diskussionen im Rundfunkrat. Hilfreich für das Verständnis, warum es Rundfunkräte gibt und welche Aufgaben sie haben, ist ein Blick in die Geschichte. In der NS-Zeit wurde der Rundfunk durch Joseph Goebbels für die NS-Propaganda missbraucht. Solch einen „Staatsrundfunk“ unter völliger Kontrolle der Regierung sollte es nach 1945 nicht mehr geben. In der Bundesrepublik wurde deshalb in den 1950er Jahren nach dem Vorbild der BBC in England der öffentlich-rechtliche Rundfunk gegründet. Ziel war es, die journalistische Unabhängigkeit in der Berichterstattung zu sichern und den staatlichen Einfluss zu unterbinden. Zunächst entstand aus einzelnen Anstalten die ARD, später das ZDF. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk gestaltet sein Programm unabhängig und in eigener Verantwortung. Die Rundfunkräte sollen kontrollieren, ob die Programmgrundsätze, die in den Rundfunkstaatsverträgen festge-

schrieben sind, eingehalten werden. Sie genehmigen außerdem den jährlichen Wirtschaftsplan und wählen den Verwaltungsrat, die Intendanten und die Direktoren.

R.H.: Wie wird denn die Staatsferne in den Rundfunkräten gewährleistet?

R.A.: Die Rundfunkräte setzen sich aus Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Bereiche zusammen. Im rbb-Rundfunkrat gibt es 30 Sitze. Der rbb hat keinen Einfluss darauf, wer in den Rundfunkrat entsandt wird. Das entscheiden die entsendenden Organisationen selbst. Das sind u. a. die Kirchen, Kulturinstitutionen, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, Sport-, Eltern-, Frauen-, Migrantinnen und eben auch Umweltverbände. Hinzu kommen Vertreter der beiden Länderparlamente, also von Parteien.

R.H.: Parteien stellen die Landesregierungen. Wie verträgt sich das mit der Staatsferne?

R.A.: Das ist in der Tat ein Problem. Zunächst ist festzustellen, dass die Politik, also Parteien, mit den Rundfunkstaatsverträgen die gesetzlichen Grundlagen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk schafft, sowohl auf Bundes- wie auf Länderebene. In den Ländern wird der Rundfunkstaatsvertrag in den Staatskanzleien durch die jeweiligen Regierungsparteien erarbeitet. Die Länderparlamente stimmen dann über den Vertrag ab, einen inhaltlichen Einfluss auf seine Ausgestaltung haben sie aus meiner Sicht nicht. Eine Diskussion, ob die Erarbeitung der Rundfunkstaatsverträge nicht unter stärkerer Einbeziehung der Parlamente erfolgen sollte, fände ich sinnvoll.

Im rbb-Staatsvertrag ist festgelegt, dass Regierungsmitglieder nicht entsendet werden können. Parteien als wichtige Akteure in der Gesellschaft sind aber im Rundfunkrat vertreten. Im rbb-Rundfunkrat gibt es sieben Sitze für Vertreter des Brandenburger Landtages und des Berliner Abgeordnetenhauses. Auch die beiden Sitze des Rates der Berliner Bürgermeister und der kommunalen Spitzenverbände in Brandenburg können den Parteien hinzugerechnet

werden

R.H.: Im April 2014 hat das Bundesverfassungsgericht ein Urteil gefällt, nach dem im ZDF-Fernsehrat nur noch bis zum einem Drittel Vertreter von Parteien mitwirken dürfen. Wie kam es dazu?

R.A.: Im Fernsehrat des ZDF hatte die Politik bisher einen relativ großen Einfluss, der das Prinzip der Staatsferne de facto konterkarierte. Auf Initiative der Medienpolitikerin Tabea Rößner (Bündnis 90/Die Grünen) kam es zu einer Klage der SPD-geführten Länder Hamburg und Rheinland-Pfalz beim Bundesverfassungsgericht. Dieses urteilte im Frühjahr 2014, dass der ZDF-Staatsvertrag in wesentlichen Teilen verfassungswidrig ist. Künftig dürfen statt 44 Prozent nur noch bis zu einem Drittel Vertreter aus Parteien in den ZDF-Fernsehrat berufen werden. Auch auf die Auswahl der Vertreter der gesellschaftlichen Gruppen dürfen die Ministerpräsidenten keinen Einfluss mehr ausüben. In der ARD ist die Situation etwas anders, doch auch dort gibt es das Problem der „Freundeskreise“, die durch Parteien dominiert werden. Das ZDF-Verfassungsgerichtsurteil macht Vorgaben, wie die Staatsferne der Gremienmitglieder künftig zu gewährleisten ist. So dürfen ZDF-Fernsehratsmitglieder, die Verbände und gesellschaftliche Gruppen repräsentieren, künftig keine Staats- und Parteiämter mehr ausüben. Ich denke, diese Regelungen werden auch auf die ARD ausstrahlen.

R.H.: Wie kann man sich als Bürger überhaupt informieren, was in den Rundfunkräten passiert?

R.A.: Hier kommt das Stichwort Transparenz ins Spiel. Im rbb sind die Sitzungen des Rundfunkrates in der Regel öffentlich. Seit Herbst 2012 stellt der rbb-Rundfunkrat auch die vollständigen Protokolle seiner Sitzungen auf seine Webseite. Der rbb-Rundfunkrat war der erste in der ARD, der das tat.

R.H.: Also alles bestens?

R.A.: Nein, natürlich gibt es Reform-

bedarf. Beklagt wird z.B. eine gewisse „Versteinerung“ der Gremien. Es wird diskutiert, ob das Spektrum der gesellschaftlichen Gruppen, die in den Rundfunkräten vertreten sind, erweitert werden sollte. Auch eine Begrenzung der Entsendezeiten auf zwei, max. drei Wahlperioden wäre meines Erachtens sinnvoll. Gefordert wird eine Professionalisierung der Arbeit. Ein Problem ist auch, dass Spitzenfunktionäre mitunter wenig Zeit für die vielfältigen Aufgaben im Rundfunkrat haben. Sinnvoll fände ich auch, wenn jedes Rundfunkratsmitglied mit einem kurzen Lebenslauf vorgestellt wird.

R.H.: Wie sieht das Fazit nach vier Jahren Mitarbeit im rbb-Rundfunkrat aus?

R.A.: Auf jeden Fall ist mein Fernsehkonsum in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Zu den jährlich sechs Sitzungen des Rundfunkrates kommt noch meine Mitarbeit im rbb-Programmausschuss sowie als Stellvertreterin im ARD-Programmberrat hinzu. Unsere Programmbeobachtungen erfordern Zeit. Einen Erfolg meiner Arbeit sehe ich beim Thema Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden. 2011 gab es in Berlin zum Thema Wasser den ersten erfolgreichen Volksentscheid. Die Berichterstattung wurde damals von vielen als mangelhaft empfunden. Es gab auch eine Programmbeschwerde dazu. Ich hatte im Programmausschuss Gelegenheit, mich zu diesem Thema zu äußern. Inzwischen sind deutliche Verbesserungen festzustellen. So wurde über das Volksbegehren zum Nachtflugverbot für Schönefeld oder den letzten Volksentscheid in Berlin zur Stromversorgung ausführlich berichtet, mit viel Hintergrund, Pro und Kontra. Ich habe die Umweltverbände immer wieder über meine Tätigkeit im Rundfunkrat informiert. Allerdings würde ich mir von den Verbänden noch ein größeres Interesse für medienpolitische Themen wünschen. Um hier voranzukommen, habe ich im vergangenen Jahr einen ersten medienpolitischen Treff für die Verbände durchgeführt. Ich hoffe, dass sich die Umweltverbände stärker in den Reformprozess einbringen.

Umweltbegegnungsstätte Zippelsförde vor dem Aus?

Unweit des Rhin in Zippelsförde biegt eine Kopfsteinpflasterstraße mit einer etwa 200 m langen Lindenallee von der Landstraße ab. So etwas ist selten geworden heutzutage. Am Ende der

Wendezeit.

Das mehrere Hektar große Anwesen umfasst noch weitere Gebäude, einen Garten und angrenzenden Wald. Das Grundstück wurde von den Besitzern

zu wollen. Begründet wurde dies mit dem defizitären Betrieb der Schule. Dies hat Gründe. Eine ordentliche Heizung existiert nicht, die vorhandene ist defekt und wurde durch eine teure Dieselheizung ersetzt. Im Winter und in den Schulferien konnte die Einrichtung nicht betrieben werden. Zuerst wurde der Naturwacht gekündigt, die in einem Nebengebäude einer Außenstelle des Naturparks Stechlin-Ruppiner Land führte. Zum 30. September war Schluss, und die Naturwacht zog nach Banzendorf. Die Bildungsstätte wurde in das Landschulheim nach Schweinrich „ausgelagert“, die Lehrer dort eingesetzt. Ein Konzept welches nicht funktionieren kann, denn die Umweltbildungsstätte ohne Zippelsförde geht nicht. Die Bibliothek, die Werkstätten, die Seminarräume, der Garten und der Spielplatz, alles eingebettet inmitten der Natur, können nicht gleichwertig an anderer Stelle ersetzt werden. Zum Ende des vergangenen Jahres wurde die Umweltbildungseinrichtung Zippelsförde geschlossen. Nunmehr droht der Einrichtung das gleiche Schicksal wie der Landeslehrstätte in Lebus, die nach jahrelangem Niedergang nunmehr vom Land veräußert wurde.

Was kann noch getan werden? Der Landkreis muss aufgefordert werden, die Übertragung des Grundstückes an die Ruppiner Kliniken rückgängig zu machen. Die von den Kliniken als Einlage gezahlten 17.000 Euro könnten vom Kreis erstattet werden. Der Wert der Liegenschaft übersteigt die 100.000 Euro-Grenze deutlich. Der aufgelöste Förderverein soll neu belebt werden, ehemalige Schüler und Umweltaktivisten der Region wollen die Grundlage schaffen, die Umweltbildungsstätte mit neuem Leben zu erfüllen. Natürlich besteht ein enormer Investitionsdruck in Millionenhöhe für die teilweise marode Einrichtung. Die Mühen würden sich aber sicherlich lohnen und wären mehr als nachhaltig. Die Chance vor Ort sollte nicht vertan werden.

■ Norbert Wilke



Die Jugendstil Villa der Umweltbegegnungsstätte

Foto : Norbert Wilke

Allee befindet sich eine Villa im originalen Jugendstil auf einem Hügel. Sie wurde 1914 als Jagdhütte erbaut. Die Pflasterstraße umfasst das Haus im Halbkreis und erweitert sich zu einem größeren Platz. Wie ein verwünschenes Märchenschloss liegt sie da, die Umweltbildungsstätte Zippelsförde. Das war nicht immer so. Bereits zu DDR-Zeiten war hier die Station junger Techniker und Naturforscher untergebracht. Viele Schuljahrgänge wurden hier betreut, und eine ganze Reihe späterer Umweltaktivisten machten hier ihre ersten Erfahrungen mit dem Naturschutz, so auch der jetzige Landesgeschäftsführer des BUND, Axel Kruschat. Er kann sich noch gut an den ersten Leiter der Station, Hans Peter Jacobsen, erinnern, der es verstand, das Umweltinteresse bei den Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. Jacobsen führte die Einrichtung auch durch die

an den Landkreis vererbt. Leider nicht mit der Bedingung, es ausschließlich für die Umweltbildung zu nutzen. Zunächst wurde die Einrichtung an den Förderverein Um-Welt-Lernen e. V., der für das Betreiben der Bildungsstätte gegründet wurde, verpachtet. Langfristig war der Verein mit der Betreuung der Einrichtung überfordert. Umfangreiche Sanierungen waren und sind notwendig, in den Bauphasen konnte die Kapazität der Bildungsstätte nicht ausgeschöpft werden. Der Förderverein löste sich auf.

Im Jahr 2011 übertrug der Landkreis das Grundstück an die Ruppiner Kliniken, eine kreiseigene GmbH, und gab noch zwei Lehrerstellen dazu. Im vergangenen Jahr hat die Gesundheitszentrum GmbH, eine Tochter der Ruppiner Kliniken und jetzige Eigentümerin, verkündet, nicht die Umweltbildung des Landkreises führen

Methusalem-Eiche gefällt Zustände wie in einer Bananen-Republik?!



Die Methusalem-Eiche in der Nedlitzer Straße in Potsdam nach der Fällung

Foto: Ute Herrmann

Am Samstag, dem 28. Februar 2015, am letzten Tag der Baumfäll-Saison vor Beginn der Vegetationsperiode, wurde durch Umweltaktivisten ein Fällversuch der Methusalem-Eiche Nr. 365 verhindert. Der Baumfälltrupp zog ab!

Eine Woche später, am frühen Samstagmorgen des 7. März 2015 wurde in einer rechtswidrigen Aktion an der Nedlitzer Straße in Potsdam diese mehr als 100 Jahre alte Eiche gefällt. Einem zufällig vorbeifahrenden Umweltaktivisten ist das Baumfällteam an der Methusalem Eiche aufgefallen. Leider konnte er trotz sofortiger Benachrichtigung der Polizei die Fällung dieses vitalen Baumes mit 2,60 m Stammumfang nicht mehr verhindern. Herr Schenke vertrat die Stadtverwaltung am Ort und gab an, eine „Sonderfällgenehmigung“ innerhalb der Vegetationsperiode zu haben. Hat diese sogenannte „Sonderfällgenehmigung“ überhaupt in einer amtlich rechtssicheren Ausfertigung vorgelegen? Daran gibt es erhebliche Zweifel, weil eingelegte Rechtsmittel gegen die Fällung noch nicht entschieden waren (Der BUND hatte gegen die Fällung Widerspruch eingelegt, dieser war zum Tag der Fällung noch nicht entschieden.)

Diese Vorgänge sind einfach unfassbar! Ich glaube, wir sind hier in einer Bananenrepublik, mit Jakobs als „Bananen-



Die Eiche in voller Schönheit nach der ersten erfolgreichen Rettungsaktion

Foto Ute Herrmann

Republik-Präsident“ und Klipp als sein ebenfalls herrschsüchtiger Stellvertreter mit seinem ergebenen Mitarbeiter Herrn Schenke! Sind diese Herren sich überhaupt bewusst, dass sie im Auftrag der Bevölkerung arbeiten sollten? Und dass ein friedliches Auskommen in unserer Stadt zumindest die Achtung geltender Gesetze und ein faires Miteinander voraussetzt? All diese Dinge sind hier grob verletzt worden. Das sollte endlich Konsequenzen haben!

■ Hans-Jürgen Bolz

Buchtipp

Grüne Wände für Haus und Garten



Grüne Wände für Haus und Garten

Foto: Pala Verlag

Die Biologin und Gartenplanerin Brigitte Kleinod erklärt Schritt für Schritt, wie sich nicht nur Backstein- und Betonfassaden, sondern auch energetisch sanierte Altbauten, wärmedämmte Neubauten oder Gebäude mit Holzverschalungen erfolgreich begrünen lassen. Mit den praktischen Pflanzenlisten und Profitipps blühen auch nackte Mauern und Zäune, eintönige Hecken und alte Bäume wieder auf. So verwandeln sie Balkon und Terrasse, Hof und Garten in grüne Oasen! Mehr darüber erfahren sie in „Grüne Wände für Haus und Garten“ von Brigitte Kleinod

Grüne Wände für Haus und Garten
Attraktive Lebensräume mit Kletterpflanzen Planen + Bauen + Bepflanzen

Brigitte Kleinod/Umschlag und Innenillustrationen Margret Schneevoigt erschien im Pala-Verlag im Oktober 2014

ISBN: 978-3-89566-339-0

180 Seiten, 14 Euro

Fazit: Ziel nicht erreicht

Zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie

Aus aktuellem Anlass luden die GRÜNE LIGA und der NABU gemeinsam mit dem BUND am 19.02.2015 zu einem Verbände-Seminar mit dem Thema „Flussgebietsmanagement 2.0 – Bilanz und Perspektiven“ in den Werkhof nach Hannover. Das Seminar diente dem Austausch hinsichtlich der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) der Europäischen Union (EU) in Deutschland im neuen Bewirtschaftungszyklus von 2015 bis 2021. Sowohl die Verbände als auch die Bürger sind aufgerufen, zu den seit Dezember 2014 öffentlich ausliegenden Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmenprogrammen für alle Flussgebiete Deutschlands bis i. d. R. zum 22.06.2015 Stellungnahmen abzugeben.

Mit Inkrafttreten der EG-Wasserrahmenrichtlinie (2000/60/EG) Ende 2000 waren die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dazu verpflichtet, die Vorgaben der Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Die Mitgliedstaaten legen die Einzugsgebiete fest und teilen sie in Flussgebietseinheiten (FGE) ein. Einzugsgebiete, die auf dem Hoheitsgebiet mehrerer Mitgliedsstaaten liegen, werden einer internationalen

Flussgebietseinheit zugeordnet.

Der Vollzug der Umsetzung erfolgt in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des novellierten Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), der Verordnung zum Schutz der Oberflächengewässer (OGewV) sowie der Grundwasserverordnung (GrwV). Für die konkrete Umsetzung sind die Umweltministerien der einzelnen Bundesländer zuständig, koordiniert einerseits in Flussgebietsgemeinschaften (FGG) und bundesweit über die Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA).

Für alle Flussgebietseinheiten sind Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne erforderlich, welche 15 Jahre nach Inkrafttreten der WRRL (also 2015) einer Überprüfung unterzogen und ggf. aktualisiert werden müssen. Dieser Vorgang wiederholt sich danach in einem Zyklus von 6 Jahren. Laut Artikel 14 der WRRL muss die Öffentlichkeit aktiv beteiligt werden.

Das zentrale Ziel der WRRL ist der gute Zustand der Gewässer sowohl im Hinblick auf die Oberflächengewässer als auch auf die Grundwasserkörper. Zur Beurteilung des guten Zustandes eines Gewässerkörpers werden verschiedene

Parameter berücksichtigt. Gleichzeitig gilt ein grundsätzliches Verschlechterungsverbot für den Zustand der Gewässer. Theoretisch hätten die in der WRRL festgeschriebenen Umweltziele bis 2015 erreicht werden müssen. Die praktische Realität liegt von diesen Vorgaben noch deutlich entfernt.

Vor diesem Hintergrund hörten die Teilnehmer des Seminars in Hannover eine bunte Mischung verschiedenster Beiträge, die ein breites Spektrum von Ansatzpunkten und Betrachtungsmöglichkeiten aufzeigten. Nach einer Begrüßung durch die Initiatoren der Veranstaltung, Michael Bender von der GRÜNEN LIGA, Julia Mußbach vom NABU und Magnus Wessel vom BUND, veranschaulichte zunächst Prof. Dr. Klemment Tockner vom Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei Berlin, die hohe Biodiversität von Binnengewässern und hob die große Bedeutung von Auen hervor, welche in der Vergangenheit immer weiter in ihrer Ausdehnung eingeschränkt worden waren. Man müsse natürlich ablaufende Prozesse erhalten bzw. wieder zulassen. Eine solche natürliche Dynamik schaffe ein Mosaik verschiedenster Sukzessionsstadien. Diese Vielfalt an Strukturen, an terrestrischen und aquatischen Lebensräumen, sei die Voraussetzung für eine ebenfalls hohe Diversität an Arten. Eine wichtige Rolle spiele hier auch das natürlicherweise vorhandene Totholz.

Im Anschluss an den Vortrag von Rudolf Gade aus dem Niedersächsischen Umweltministerium über die Bewirtschaftungsplanung und die Oberflächengewässer in Niedersachsen betrachtete Georg Rast von der Umweltstiftung WWF Deutschland das Hochwasserrisikomanagement und das nationale Hochwasserschutzprogramm unter dem Aspekt potenzieller Perspektiven für den ökologischen Hochwasserschutz und Deichrückverlegungen. Er merkte an, dass die Hochwasserrisikomanagementrichtlinie keine Signale für eine Rückgewinnung von früheren Überflutungsflächen gebe.



Nordbucht des Stechlinsees bei Neuglobsow, einer der wenigen Klarwasserseen Deutschlands

Foto: Norbert Wilke



Der Stechlinsee von Osten aus gesehen

Foto: Norbert Wilke

Kritisiert wurde zudem die weiterhin bestehende Möglichkeit, auf den im Rahmen des Hochwasserschutzprogramms ausgewiesenen Flutpoldern intensive Landwirtschaft betreiben zu können. Rasts Forderungen erstrecken sich von Deichrückverlegungen und einer Vernetzung der Auen über eine Ökologisierung von Polderflutungen bis hin zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft, v. a. in den ehemaligen Aubereichen.

Dr. Dietmar Mehl (biota – Institut für ökologische Forschung und Planung) berichtete über die Erfahrungen seines Institutes mit Renaturierungsprojekten von Fließgewässern und deren Auen in Mecklenburg-Vorpommern, die unter Anwendung des Flurbereinigungsgesetzes sowie des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes durchgeführt wurden. Die Bilanz zur Zielerreichung 2015 in der FGE Elbe von Michael Bender (GRÜNE LIGA) und Magnus Wessel (BUND) fiel unerfreulich negativ aus (so kann z. B. kein Oberflächenwasserkörper in der FGE Elbe einen guten chemischen Zustand aufweisen) und bildete den Abschluss des Vormittages.

Das Nachmittagsprogramm war bestimmt durch zahlreiche Impulsreferate zur Biodiversität und zum Flussgebietsmanagement. Es wurde ein regional- sowie problemspezifisches Resümee gezogen, in welchem eine Verbändeübergreifende Erschütterung über die frappierende Abweichung vom für das Jahr 2015 gesteckten Ziel zum Ausdruck kam. Gleichzeitig wurde auf

Kampagnen und Aktionen aufmerksam gemacht, die im Zusammenhang stehen mit der Entwicklung eines Bewusstseins für die Natur sowie eines Interesses der breiten Bevölkerung am Thema, an der Bedeutung des Wassers in ihrem Leben, in ihrer Umwelt und für die Zukunft nachfolgender Generationen.

Die Verbände planen, zu den aktuell ausliegenden Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmenprogrammen für den neuen Bewirtschaftungszyklus Stellung zu nehmen und ihre konstruktiven Vorschläge zur Verbesserung der Umsetzung der WRRL miteinzubringen. Denn nach dem offensichtlichen Fazit einer klaren Zielverfehlung bleibt für sie mehr als fraglich, wie die Ziele der WRRL in den folgenden sechs Jahren nur unter Anwendung des vielfach kritisierten Freiwilligkeitsprinzips erreicht werden können.

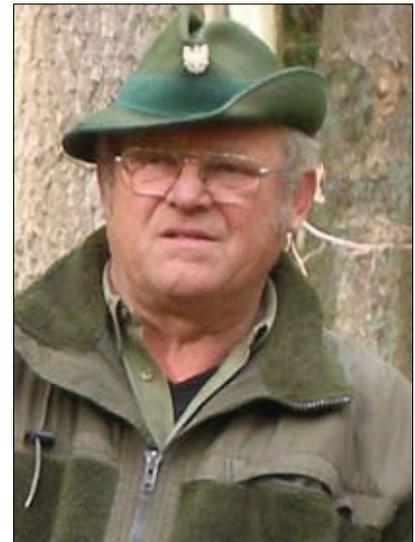
■ Anne Jost

Hans-Joachim Engelmann verstorben

Ende Oktober vergangenen Jahres verstarb der langjährige Naturschutzhelfer Hans-Joachim Engelmann in Rauschendorf bei Gransee. Er gehörte noch einer Generation von Förstern an, für die Naturschutz ein wichtiger und selbstverständlicher Teil ihrer Arbeit war, beruflich und darüber hinaus auch im Ehrenamt. Von 1961

bis zu seiner Verabschiedung in den Ruhestand betreute er „sein“ Revier Wolfsloch bei Gransee und war auch 36 Jahre lang für den Granseer Stadtwald verantwortlich.

Als Naturschutzhelfer bewies er ein ausgeprägtes Gespür für die Schutzbedürftigkeit verschiedener Vogelarten. Bei der Wiederausbreitung von Kolkrabe und Kranich spielten die Engelmanschen Reviere eine wichtige Rolle, ebenso wie für weitere vom Aussterben bedrohten Arten. Früh erkannte er, dass die umfangreichen Meliorationsarbeiten schlecht für die Waldbestände waren. Er machte sie im Rahmen seiner Möglichkeiten rückgängig. Grabenstau waren hierzu der erste Schritt. In seinem Revier hat sich dadurch teilweise eine ehemals typische Bodenvegetation mit Buschwindröschen und Leberblümchen erhalten. Im Nachruf der Landesforst-



Oberförster Hans-Joachim Engelmann

Foto: Norbert Wilke

verwaltung für den Oberförster wird auf die beachtlichen Waldbilder hingewiesen, die er somit hinterlassen hat. Seit der Gründung des Kuratoriums für den Naturpark Stechlin-Ruppiner Land im November 2000 wirkte Hans-Joachim Engelmann neben Bernd Ewert als zweiter Naturschutzvertreter in diesem Gremium mit. Am 31. Oktober verstarb er plötzlich im Alter von nur 69 Jahren in seinem Heimatdorf.

■ Norbert Wilke



*Förderverein Landschaftsschutzgebiet
Buschgraben / Bäketal e.V.*

Kleinmachnow, 07.01.2015

Protest gegen die Abberufung

des Präsidenten des Landesumweltamtes Matthias Freude

Reaktion auf die Presseinformation des Ministeriums vom 16. Dezember 2014

Die Ablösung von Prof. Dr. Matthias Freude als Präsident des Landesumweltamtes stößt auf völliges Unverständnis. Ist doch Prof. Freude im In- und Ausland der gefragte Experte für Umwelt und Naturschutz und ist in der Brandenburger Bevölkerung geschätzt und besonders auch durch das Fernsehen als der kompetente Ansprechpartner bei akuten Umweltproblemen bekannt.

Diese Personalentscheidung der Landesregierung zeigt auf, wie unsensibel Beschlüsse gefasst werden und unliebsame Meinungsträger durch Ämtertausch entsorgt werden, was nur zur weiteren Politikverdrossenheit der Bevölkerung führt. Mit dieser Personalentscheidung wird auch aufgezeigt, welchen geringen Stellenwert der Natur- und Umweltschutz in Brandenburg noch hat.

Unter maßgeblicher Mitarbeit von Prof. Freude ist das „Tafelsilber“ der DDR in Schutzgebieten (Biosphärenreservate, Landschafts- und Naturschutzgebiete) festgelegt worden, um diese wertvollen Landschaften auch für zukünftige Generationen zu sichern und erlebbar zu machen. Der Tourismus in Brandenburg lebt heute von diesen landschaftlichen Besonderheiten, die daher auch gepflegt und entwickelt werden müssen. Prof. Freude hat bei Hochwasser und Deichsanierung erfolgreich gewirkt. Er ist auch der Experte, wenn es um Fragen der Auswirkung des Klimawandels auf den Wasserhaushalt in Brandenburg und damit auch um die Zukunft der Land- und Forstwirtschaft geht.

Nach der Wende wurde der Naturschutz mit erheblichen finanziellen Mitteln und Fachpersonal staatlich gefördert. Die reiche Naturausstattung, so wurde damals verkündet, gehöre zur Identität von Brandenburg und wurde auch damals von der Bevölkerung mit viel Begeisterung aufgenommen. Inzwischen spielt der Naturschutz weder in den Behörden eine Rolle, wo in diesem Bereich der Mitarbeiterstab bis auf eine Notbesetzung reduziert wurde, noch in der Bevölkerung, die eine staatliche Betreuung und Pflege nicht mehr wahrnimmt. Mittel zur dauerhaften Pflege von sensiblen unter Schutz gestellten Flächen, die den Landnutzern einst bereitgestellt wurden, sind meist weg gefallen. Die Landnutzer, nun verärgert allein gelassen, haben daraufhin die Flächen wieder ohne Rücksicht auf Naturschutzbelange in intensive Nutzung genommen.

Es ist zu befürchten, dass unter dem Minister Vogelsänger bei der Zusammenlegung von Agrar- und Umweltministerium die industrielle Massentierhaltung und der Großflächenanbau von Mais auf Kosten des Naturschutzes weiter gefördert wird und der Natur- und Landschaftsschutz völlig auf der Strecke bleibt.

Dr. Gerhard Casperson, Dr. Ursula Theiler, Jörg Dorowski
für den Vorstand des Fördervereins LSG Buschgraben / Bäketal e. V.

Zum 80. Geburtstag von Werner Domain



Werner Domain vor seinem Geburtshaus in Horno

Foto: Werner Domain

Am 14. Januar 1935 wurde Werner Domain geboren, in Horno, seinem Heimatdorf, für dessen Erhalt er bis zuletzt gekämpft hatte. Seine Vorfahren kamen zwischen 1760 und 1770 ins Land, damals waren die Hugenotten mit ihren Fähigkeiten bei der Entwicklung des durch Kriege zerrütteten preußischen Staates sehr willkommen. Im Jahr 1907 wurde der Dorfkrug in Horno, Gastwirtschaft und Geburtshaus von Werner, gebaut. Nach dem Krieg schon musste er als Kind im Gasthof mitarbeiten, die Männer waren nicht da und jede Hilfe wurde gebraucht. Werner wurde Landwirt, 1958 konnte er erfolgreich seinen Meisterlehrgang abschließen und anschließend in Cottbus Landwirtschaft studieren. Danach hat Werner in Behörden gearbeitet bis er 1968 den Gasthof, der bis dahin an den Konsum verpachtet war, übernommen und bis 1988 als Gastwirt gearbeitet.

Dann kam die Kohle. Das Handwerk geht immer zuerst, die Umsätze sinken, die Leute ziehen weg und es gibt keine Zukunft. Die Gastwirtschaft wurde 1989 an das Braunkohlenkombinat verkauft, der Wohnbereich von Ursula und Werner Domain nicht. Hier haben beide noch 15 Jahre gelebt, gekämpft und gehofft. Hier haben sie gelebt und die

schrittweise, langsame Zerstörung ihrer Heimat erlebt bis hin zur Sprengung der Dorfkirche am 29.11.2004, bis hin zur Zerstörung der letzten Grabstätte (Familiengrab der Domains) auf dem Friedhof an der Kirche und schlussendlich bis zur Zerstörung des eigenen Grundstückes im November 2005.

Es ist müßig auf die zahlreichen Verfahren einzugehen die die Domains bis zum Schluss durchgefochten haben, hier kann das Buch von Michael Gromm „Horno – verkohlte Insel des Widerstands“ empfohlen werden. Es ist eine akribisch geführte Chronik der letzten Tage des Dorfes Horno und verdient endlich auch eine Neuauflage. War denn nun alles umsonst? Mit Sicherheit nein. Der jahrelange mutige Kampf vieler Hornoer und insbesondere der Familie Domain hat gezeigt, dass die Zerstörung gewachsener Kulturlandschaft, die Zerstörung von Dörfern mit ihren Kulturschätzen, die Vertreibung der Einwohner und die Aussetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht mehr problemlos möglich ist. Der Widerstand wächst und erstarkt, gerade in den Gemeinden, denen das Schicksal Hornos zgedacht ist. Horno war ein Fanal für die Energiewende im Land. Anlässlich der Landesmitgliederver-

sammlung am 5. November 2005 wurde Ursula und Werner Domain die Ehrenmitgliedschaft der GRÜNEN LIGA Brandenburg übertragen. Michael Gromm hielt damals die Laudatio. Domains selbst konnten nicht dabei sein und erhielten die Urkunden dann später in Berlin. Beide waren damals dabei ihren notgedrungenen Umzug nach Mulknitz zu organisieren. Nun leben sie schon seit zehn Jahren in Mulknitz unweit von „Neu-Horno“, wieder ein kleines Dorf an der Tagebaugrenze, kein Ersatz für verlorene Heimat aber ein Ort, der Heimat werden kann.

Lieber Werner, der Landessprecherrat wünscht Dir nachträglich alles Gute zum Geburtstag und vor allem Gesundheit. Möge es uns allen noch vergönnt sein zu erleben, dass der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung unumkehrbar beschlossen wird kein weiteres Dorf das Schicksal von Horno teilen muss.

■ Norbert Wilke

Dr. Gerhard Casperson zum 85. Geburtstag

Am 19. März beging unser Gründungsmitglied und langjähriger Vorsitzender des Fördervereins Landschaftsschutzgebiet Buschgraben-Bäketal e. V., Dr. Gerhard Casperson, in Kleinmachnow seinen 85. Geburtstag. Im März 2014 wurde ihm für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit mit der GRÜNEN EULE die höchste Auszeichnung des Vereins übertragen. Der Landessprecherrat wünscht dem Jubilar alles Gute und vor allem Gesundheit und weiterhin viel Schaffenskraft und Spaß bei der Arbeit für Natur- und Umweltschutz in seiner Heimatregion.

Das Geburtstagsgeschenk wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgereicht.

■ Der Landessprecherrat

Konferenz zu Energiepreisen: „Strompreislügen“

Gemeinsame Konferenz der Ökologischen Plattform mit dem Bioenergiedorf Coaching e.V. am 18.4.2014 im Märkischen Ausstellungs- und Freizeitzentrum MAFZ in Paaren im Glien

Programm:

Begrüßung Prof. Dr. Dr. Götz Brandt, Sprecherrat der Ökologischen Plattform.

Führung durch die Tagung: Andrea-Liane Spangenberg, Bioenergiedorfcoaching e. V. "

10:00 bis 10:45

Stromerzeugung aus Atom und Kohle – was sie uns und die Umwelt kostet. Referentin: Swantje Küchler. Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, Berlin

10:45 bis 11:30

Wie mit der EEG-Umlage der Weiterbetrieb von Atom- und Braunkohle- Kraftwerken bezahlt wird. Referent: Wolf von Fabeck. Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. Aachen

11:30 bis 12:15

Was kassiert der Staat? Referent: Wolfgang Borchardt, Ökologische Plattform, Sprecherrat, Berlin

12:15 bis 10:00 Mittagspause

13:00 bis 13:45

Wofür wird das Netzentgelt gezahlt? Referent angefragt: Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn, Bonn

13:45 bis 14:30

Wie hoch sind die Strompreise für Private, KMU und Großbetriebe? Referent: Jörg Staude, Linke Medienakademie e.V. Berlin

14:30 bis 15:15

Welche politischen Forderungen stellt die LINKE auf dem Gebiet der Strompreispolitik? Referent: MdB Ralph Lenkert, Bundestagsfraktion DIE LINKE

15:15 bis 16:00

Diskussion

Schlusswort Prof. Dr. Dr. Götz Brandt, Sprecherrat Ökologische Plattform

Anmeldungen bitte an:

www.oekologische-plattform.de

VISIONEN HABEN

HANDELN ANREGEN

NETZWERKE KNÜPFEN

IM JAHR 1990 GRÜNDETEN UMWELTBEWEGTE EIN NETZWERK, DAS SEINE WURZELN IN DEN KIRCHLICHEN UMWELT- UND FRIEDENSGRUPPEN, STADTÖKOLOGIEGRUPPEN SOWIE VIELEN ÖRTLICHEN NATUR- UND UMWELTSCHUTZINITIATIVEN DER DDR HAT. DIE GRÜNE LIGA BRINGT DEN ERFAHRUNGSSCHATZ IHRER VORGESCHICHTE IN IHRE GRUNDSATZPOSITIONEN EIN: GRENZEN DER RESSOURCEN AKZEPTIEREN, REGIONAL UND TRANSPARENT ENTSCHEIDEN, STRUKTUREN VON UNTEN ENTWICKELN, DIE ERDE ALLEN GEBEN, VIelfALT BEWAHREN, WERTE NEU BESTIMMEN, GESCHICHTE BEGREIFEN, NEU DENKEN, KONSEQUENT TIEFGREIFENDE VERÄNDERUNGEN FORDERN, DIALOGE ERMÖGLICHEN, ÖFFENTLICHKEIT INFORMIEREN, KONFLIKTE OHNE GEWALT LÖSEN.

DIE GRÜNE LIGA VEREINT GRUPPEN, INITIATIVEN UND EINZELPERSONEN, DIE SICH GEMEINSAM AUF VIelfÄLTIGE ART UND WEISE FÜR NATUR- UND UMWELTSCHUTZ EINSETZEN. INNERHALB DIESES NETZWERKS WAHREN DIESE GRUPPEN IHRE EIGENSTÄNDIGKEIT UND IDENTITÄT. ZIEL DES NETZWERKS IST DIE REGIONALE SOWIE FACHLICHE KOORDINATION UND UNTERSTÜTZUNG VON AKTEUREN UND AKTIVITÄTEN. DIE FACHARBEIT IST IN ARBEITSKREISEN VERNETZT – STRUKTURELL HABEN SICH IN DEN FÜNF NEUEN BUNDES-LÄNDERN UND IN BERLIN LANDESVERBÄNDEN ZUSAMMENGESCHLOSSEN.

MAN KANN PROBLEME NICHT WEGREDEN: SIE MÜSSEN GELÖST WERDEN. DESHALB INITIIERT UND UNTERSTÜTZT DAS NETZWERK GRÜNE LIGA SEIT SEINER GRÜNDUNG PROJEKTE UND AKTIVITÄTEN ZUM NATUR- UND UMWELTSCHUTZ. EINIGE BEISPIELE DAFÜR SIND: UMWELTERZIEHUNG MIT KINDERN UND JUGENDLICHEN, UMWELTBERATUNG, NATUR- UND ARTENSCHUTZ, PROJEKTE UND AKTIONEN ZUR ABFALL- UND VERKEHRSVERMEIDUNG, LANDSCHAFTSPFLEGE, FÖRDERUNG VON NACHHALTIGER REGIONALENTWICKLUNG, FÖRDERUNG DES SANFTEN TOURISMUS UND ZU LOKALEN AGENDEN. DIE GRÜNE LIGA SUCHT IN IHRER ARBEIT DAS ZUSAMMENGEGEHEN MIT GLEICHGESINNTEN MENSCHEN, INITIATIVEN UND VEREINEN.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLEGER:
GRÜNE LIGA BRANDENBURG E.V.

HAUS DER NATUR

LINDENSTRASSE 34

14467 POTSDAM

TEL.: 0331 - 20155 20

FAX: 0331 - 20155 22

POTSDAM@GRUENELIGA.DE

WWW.GRUENELIGA-BRANDENBURG.DE

REDAKTION:

NORBERT WILKE, CHRISTINE TITEL,

MICHAEL GANSCHOW, MAX ULLRICH,

KATRIN FAHRENZ (LIBELL LOGO)

ERSCHEINUNGSWEISE: QUARTALSWEISE

PREIS: 1,00 EURO

BEI MITGLIEDER IM BEITRAG ENTHALTEN

AUFLAGE: 1.000 EXEMPLARE

BANKVERBINUNGEN:

INHABER: GRÜNE LIGA BRANDENBURG E.V.

VR BANK LAUSITZ

Kto: 55000

IBAN

DE22 1806 2678 0000 0550 00

BLZ: 18062678

BIC: GENODEF1FWA

NAMENTLICH GEKENNZEICHNETE

BEITRÄGE MÜSSEN NICHT DIE MEINUNG DER REDAKTION WIEDERGEBEN.

NACHDRUCK UND WEITERVERBREITUNG DER TEXTE NUR MIT VORHERIGER

GENEHMIGUNG DER REDAKTION.